

008 von der Ostseeküste oder der Aushilfskellner als Top-Agent des NSA

Joachim H. Rudek: Der erfundene Superspion. Jörg Bocho und der größte Betrug des MfS. Mit einem Nachwort von Remo Kroll. Berlin: Edition berlina 2019, 288 Seiten, 17,99 Euro

Peter Erler

Die Biographie

Das Buch des Hobbyforschers Joachim Rudek handelt vom Fake-Story-Erfinder Jörg Bocho und seinem komplexen, teilweise wechselseitig funktionierenden manipulativen Zwangsverhältnis zur Hauptabteilung (HA) IX des MfS.

Die Vita des prahlsüchtigen Antihelden Bocho beginnt 1940 in Leipzig. Kriegsbedingt wuchs er bei seiner Großmutter auf, die ihn in seiner kindlichen Entwicklung maßgeblich prägte. 1952, kurz nach der Entlassung des Vaters aus der sowjetischen Kriegsgefangenschaft, zog die wiedervereinte Familie aus der kleinen Provinzstadt Jüterbog nach Berlin-West. Dort beendete der jugendliche Bocho die Mittelschule, eine danach begonnene Schlosserlehre brach er ab. Angeblich auf „Anraten“ des Vaters ging der Achtzehnjährige zur Bundeswehr. Seinen Grundwehrdienst absolvierte er bei den Panzergrenadieren in Hamburg-Wandsbek, wo er auch als Kompanieschreiber und Lagerverwalter zum Einsatz kam. Im März 1959 unterschrieb er dann eine vierjährige Verpflichtung als Zeitsoldat. Vage Hinweise können dahin interpretiert werden, dass er in der Folgezeit für den MAD tätig war und seine Kameraden bespitzelt hat. Andere Angaben in den eingesehenen Unterlagen indizieren zudem, dass der junge Fähnrich mit Kreditschulden belastet war.

Am 24. Juli 1961 beging Bocho Fahnenflucht und setzte sich über Berlin-West in die DDR ab. Nach einem 1977 entstandenen Erinnerungsbericht war der ausschlaggebende Anlass für diese schwerwiegende Entscheidung seine Sehnsucht nach seiner Oma Charlotte und nach einem geregelten Leben. Offensichtlich konnte Bocho diese Begründung auch im Aufnahmelager Blankenfelde glaubhaft vermitteln. Nach dem Erhalt eines DDR-Personalausweises erhielt er die Erlaubnis, nach Leipzig zu ziehen, wo er zeitweise bei seiner Oma und seiner Tante wohnte. Arbeit fand er zunächst als Schlosser in einer Gummiwarenfabrik (VEB Elguwa Leipzig) – dort war auch seine Tante tätig – und später als Hilfskellner im „Felsenkeller“ und anderen Lokalen der Messestadt. Das neue Berufsleben im „Niedriglohnssektor“, das nicht gerade in geregelten Bahnen verlief, und einige andere „DDR-Alltagsnormen“ scheinen Bocho zunehmend frustriert zu haben. Er war ständig in Geldnot und konnte sich bald auch keine eigene Wohnung mehr leisten. Seine Verlobung mit einer Sängerin hielt immerhin fast zwei Jahre, bevor sie ihn aus der Wohnung warf.



Jörg Bocho, Quelle: privat.

Bereits in Leipzig gefiel er sich als geheimnisumwitterter Typ und betätigte sich als Hochstapler. Je nach Gelegenheit deutete er an, vom Westen geschickt worden zu sein oder für die Stasi zu arbeiten. Um sich interessant zu machen gab er sich als Journalist und mit einem selbst gebastelten Ausweisimitat als Mitarbeiter des DDR-Fernsehen aus.

Anfang Juni 1966 nahm Bocho in der HO-Gaststätte „Vier Jahreszeiten“ in Wolgast eine Stelle als Saisonkellner an. Der multifunktionale Gebäudekomplex in der August-Dähn-Straße 14 mit Restaurant, einem großen Saal für Versammlungen und Tanzveranstaltungen sowie einer Nachtbar lag unmittelbar gegenüber der Peene-Werft, dem größten Rüstungsbetrieb der DDR. Die „Vier Jahreszeiten“ galten unter der einheimischen Bevölkerung, den Ostsee-Touristen und bei den Besatzungen der Volksmarineschiffe, die während ihrer Werftliegezeiten Landgang erhielten, als eine besonders beliebte Freizeit- und Vergnügungsstätte. Aus diesem Grund stand der Gaststättenbetrieb auch als Schwerpunktobjekt unter besonderer Beobachtung des MfS.



Bereits vor seinem Wechsel nach Wolgast hatte Bocho den

HO-Gaststätte „Vier Jahreszeiten“, Quelle: P.E.

Entschluss gefasst, wieder in die Bundesrepublik zurückzukehren. In der Peene-Stadt weihte er den vorbestraften und in den „Vier Jahreszeiten“ als Kellner und Heizer beschäftigten Rudolf Schondelmaier in seine Fluchtpläne ein. Sie ahnten zunächst nicht, dass ihre Gespräche vom IM Eckhard Hahn, einem Arbeitskollegen, der mit Schondelmaier ein Zimmer teilte, belauscht wurden. Nach einem verdächtigen Telefongespräch wollten sie allerdings Gewissheit haben. Im Anschluss an ein gemeinsames Saufgelage folterten Bocho und Schondelmaier den Stasi-Spitzel im Keller der Gaststätte und zwangen ihn, sich zu dekonspirieren. Irgendwie konnte sich der durch Schläge mit einem Bierglas und einem Schraubenzieher sowie durch den Einsatz eines elektrischen Schleifsteins erheblich verletzte Hahn befreien und in der gleichfalls in der August-Dähn-Straße gelegenen Kreisdienststelle (KD) des MfS Meldung erstatten. Kurz darauf, in den ersten Morgenstunden des 1. September 1966, wurden seine „Schläger-Kollegen“ von einem Einsatzkommando des MfS festgenommen. In der KD fand eine erste Befragung der Delinquenten statt, bei der wiederum Bocho und wahrscheinlich auch Schondelmaier von den durch den krankenhaushausreifen Zustand ihres IM aufgebrauchten MfS-Mitarbeitern auf „brutalste Art“ beschimpft und physisch bedroht wurden.

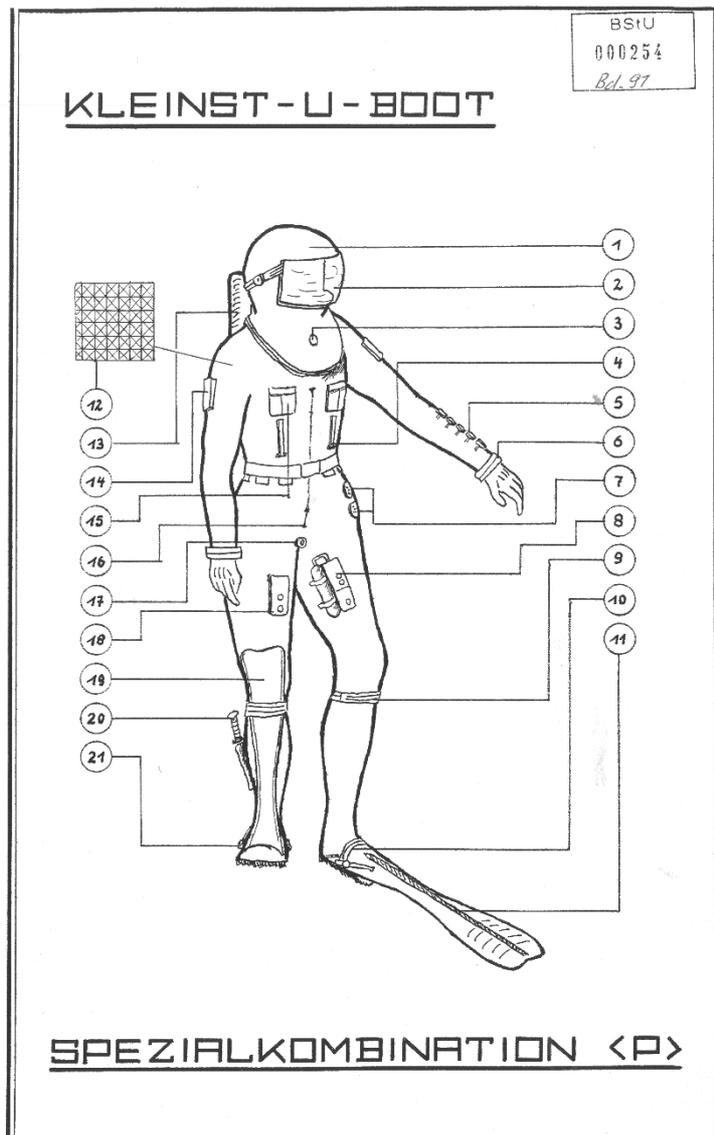
Am Tag darauf wurden die beiden Straftäter in die Untersuchungshaftanstalt (UHA) der Stasi-Bezirkszentrale überführt. Nach den ersten Verhören verfestigte sich bei den Rostocker Vernehmungsoffizieren offensichtlich schnell der Eindruck, dass es sich bei Bocho um eine psychisch auffällige Person handelte, mit der sich doch besser die HA IX

in Berlin befassen sollte. Am 12. September erfolgte die Verlegung Bochos und Schonelmaiers in die zentrale UHA des MfS in Berlin-Hohenschönhausen. Dort gerieten sie an die HA IX/5, die schwerpunktmäßig Delikte untersuchte, in die Mitarbeiter des MfS bzw. IM als Täter oder Betroffene involviert waren.

Um dem wachsenden Vernehmungsdruck zu entgehen, legte Bocho nach mehreren Monaten intensiver operativer Bearbeitung ein erdachtes Geständnis ab und gab sich als Top-Agent des amerikanischen Geheimdienstes National Security Agency (NSA) aus. Für seinen verdeckten Einsatz sei er in speziellen Spionagepraktiken geschult sowie als Funker, Ranger, Kampfschwimmer und im Fallschirmsprung ausgebildet worden. Sein aktueller Dienstgrad sei Oberleutnant.

Die zunächst überrascht reagierenden Offiziere der HA IX/5 unter ihrem Leiter Major Herbert Pätzel gingen dann jedoch schnell und offensichtlich mit einer gewissen Faszination auf Bochos fantasiereiche Story ein. Sie passte nur zu gut in das durch Medienpropaganda und Schulungen hypertrophierte Klischeebild vom heimtückischen, einen Krieg zwischen den Militärblöcken vorbereitenden imperialistischen Gegner. Darüber hinaus konnten sie davon ausgehen, dass die erfolgreiche Enttarnung eines amerikanischen Superspions einen für den beruflichen Werdegang befördernden Niederschlag in ihren Kaderakten finden würde.

In der Folgezeit präsentierte Bocho weitere mehr als erstaunliche Details aus seiner fiktiven Agentenkarriere. So sei er ab Anfang der 1960er Jahre an unterschiedlichen militärischen Kommandounternehmen gegen die „sozialistischen Länder“ beteiligt gewesen. Mit von ihm gesteuerten Kleinst-U-Booten hätte er mehrere Personen an Ostseestrände ein- und ausgeschleust, mit einem als Kofferradio getarnten Funkgerät verschlüsselte Informationen übermittelt, und, zum Beispiel in der Peene, Unterwasserdepots angelegt. Aus Gesprächen mit seinen Vorgesetzten in Berlin-West sei ihm zudem bekannt, dass die Amerikaner auch in DDR-Binnengewässern, wie den Havelseen und der Müritz, Tauchaktionen mit U-Booten unternommen hätten. Geplant wären zudem verkabelte Raketenabschussanlagen und -steuersysteme in den Küstengewässern und in verschiedenen Flussmündungen.



Zwecks Vervollkommnung seiner Expertenkenntnisse im Umgang mit maritimen Kleinkampfmitteln wurde er nach eigener Aussage im gleichen Zeitraum in Frankreich, in der Türkei und auf Hawaii trainiert. Zur Tarnung seiner Abwesenheit während der länger dauernden Auslands- und Spezialeinsätze agierte in Leipzig ein weiterer Agent als Personendouble, der sich, wie auch Bocho selbst, mehreren kosmetischen Gesichtsoptionen unterziehen musste, führte er gegenüber der Stasi weiter aus.

Widersprüche in den Angaben waren für die Vernehmer ein eindeutiges Indiz dafür, dass der raffinierte Gegner lediglich ein Teilgeständnis abgelegt und sich noch nicht in Gänze offenbart hatte. Auch von mehreren Geständniswiderrufen und zeitweiligen Aussageverweigerungen ließen sich die Mitarbeiter der HA IX/5 nicht irritieren. Dieses vermeintlich störrische Verhalten bestärkte sie nur noch mehr in ihrer Auffassung, dass Bocho als „ein ausgesprochener Feind der DDR“ weiterhin ungebrochen im Sinne seiner Auftraggeber handelte.

Das „Untersuchungsverfahren“ gegen Bocho zog sich fast 29 Monate hin. Anfang Februar 1969 verhandelte schließlich das Militärkollegium des Obersten Gerichts (MOG) der DDR seinen Fall in einem nichtöffentlichen Verfahren vor ausgewähltem Publikum aus den Reihen der Grenztruppen und der Volksmarine. Angeklagt war der angebliche Staatsangehörige der USA Bocho wegen Spionage, Diversion und wegen der gemeinschaftlichen Misshandlung des Spitzels Hahn, was aus juristischer Perspektive als „staatsgefährdender Gewaltakt“ qualifiziert wurde. Die Rolle des Pflichtverteidigers in der dreitägigen Gerichtsfarce übernahm Rechtsanwalt Hans-Gerhard Cheim, ein weiterer IM des MfS. Ausgehend von den vorgelegten Ermittlungsergebnissen der HA IX/5 sah das MOG als erwiesen an, dass die NSA „seit Jahren die Küste der Deutschen Demokratischen Republik und anderer sozialistischer Staaten aufklärt, in die Küstengewässer eindringt und Anlandungen vornimmt, Schleusungsoperationen durchführt und Vorbereitungen zum Einbau von Waffensystemen, wie Raketen und Minen, in die Gewässer der Deutschen Demokratischen Republik trifft.“ Für die DDR-Gerichtsbarkeit stand der „die neuesten Errungenschaften von Wissenschaft und Technik ... [für einen] ‚verdeckten Krieg‘ gegen den Sozialismus“ nutzende amerikanische Militärgeheimdienst damit in einer Traditionslinie mit den „des Kriegsverbrechens schuldigen Divisionsbanden des Hitlerstaates, wie der ‚Division Brandenburg‘ oder der ‚Jagdverbände der SS‘“. Basierend auf diesen grundsätzlichen Einschätzungen bewertete das MOG die Bocho zugeschriebenen subversiven Aktivitäten als „eine in sich geschlossene, permanente und vielseitige Feindtätigkeit besonders gefährlichen Charakters.“

Da keine physischen Beweismittel vorlagen, waren die Militärrichter in ihrer Argumentation unter anderem auf – vom Beschuldigten in der Untersuchungshaft angefertigte – Skizzen und Zeichnungen sowie andere fabrizierte Pseudodokumente angewiesen. So musste der Aushilfskellner mit abgebrochener Schlosserausbildung Texte mit detaillierten ingenieurtechnischen Sachverhalten und chemischen Formeln, wie etwa über die Funktionsweise von Brennstoffzellen abschreiben, die dann vom Vernehmer mit dem Vermerk „von Bocho erarbeitet“ versehen wurden.

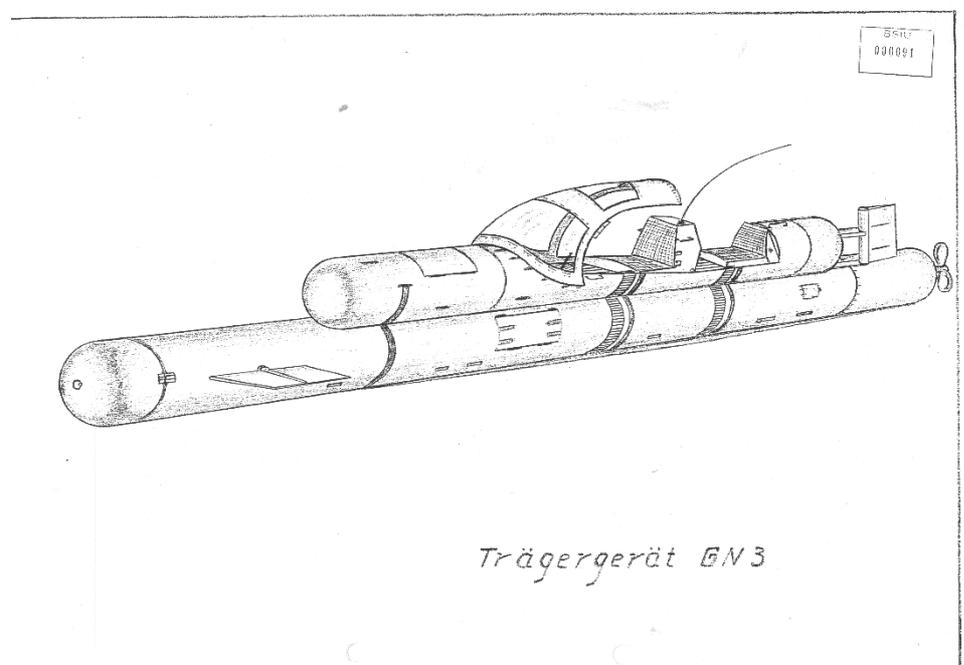
Am 8. Februar 1969 begründete das MOG sein Urteil und verurteilte den achtundzwanzigjährigen Angeklagten zu fünfzehn Jahren Freiheitsentzug sowie zu einer an Hahn zu zahlenden Schadensersatz- bzw. Schmerzensgeldsumme in Höhe von 2 190 Mark.

Bocho und sein ähnlich veranlagter „Bruder im Geiste“ Hermann Töpferwien, der 1967 verhaftet und im Berliner MOG-Prozess gegen seinen „Kollegen“ als Zeuge herangezogen wurde, fungierten als Prototypen bzw. Präzedenzfälle für das vom karrierebesessenen Abteilungsleiter Herbert Pätzelt konzipierte Fantasiekonstrukt „Agenten mit spezieller Auftragsstruktur“ (AsA). Er und einige seiner „Vernehmer“-Kollegen waren von

einer massiven geheimdienstlichen Unterwanderung der DDR überzeugt. Nach ihrer Auffassung schickte der imperialistische Gegner systematisch speziell ausgebildete Spiespersone mit Klein-U-Booten und durch Tunnel in die DDR, um dort sogenannte Schläfer zu installieren oder Terror-, Diversions- und Sabotageakte durchzuführen. „Be-feuert“ wurde ihre irrationale These insbesondere durch die verhängnisvollen Falsch-aussagen Töpferwiens im Rahmen des Operativen Vorgangs „Waldläufer“, welche zur Verhaftung und Verurteilung von zwölf völlig unschuldigen Personen aus Thüringen führten. Die in den Vernehmungen Bochos und der „Waldläufer“ erpressten Geständ-nisse bildeten die Grundlage für die von Pätzelt und den MfS-Offizieren Harry Dahl und Klaus Achtenberg erstellte Dissertationsschrift „Die Qualifizierung der vorbeugenden und offensiven Bekämpfung staatsfeindlicher Aktivitäten der Verdeckten Kriegs-führung unter den gegenwärtigen Bedingungen des Klassenkampfes“. Für diese „wissen-schaftliche Qualifizierungsarbeit“ über das von ihnen selbst gesponnene Lügengespinnst AsA, die mit „magna cum laude“ bewertet wurde, erhielten die Stasi-Männer 1974 von der Juristischen Hochschule des MfS in Potsdam einen heute noch gültigen Dokortitel. In den Folgejahren konnte das AsA-Phantom ungehemmt seinen unsäglichen Geist ent-falten. Dutzendfach wurden Untersuchungsgefangene zu vorgegebenen Aussagen ge-nötigt und von den Vernehmern realitätsferne Untersuchungsberichte fabriziert. Laut Stasi-Vizeminister Markus Wolf kursierten über die AsA auch diverse interne Schu-lungsmaterialien. Die skeptischen und kritischen Hinweise der sowjetischen und polni-schen Partnerdienste interpretierten die involvierten MfS-Offiziere als Bestätigung ihrer manipulierten Vernehmungsergebnisse um.

Als das Wirken der Untäter von der HA IX/5 durch die Rechtsanwälte Dieter Starkulla und Wolfgang Vogel 1978 schließlich aufflog, mussten über 140 unter falschen Voraus-setzungen verurteilte Personen aus dem Strafvollzug entlassen werden.

Dass die AsA-Le-gende ihre unheilvolle Wirksamkeit entfalten konnte, ist in gewisser Weise auch Bocho zu-zuschreiben. Nach sei-nem MOG-Urteil ver-blieb er als streng iso-liertes Sonderhäftling in der UHA Berlin-Hohenschönhausen, wo er laut Angaben von Pätzelt nach der Aneignung von „Kenntnissen im tech-nischen Zeichnen“ [...] „Auswertungsar-beiten durchgeführt“ hat. Zu seinen „Wer-



ken“ gehörten unter anderem detaillierte Darstellungen von maritimen Waffen, Land-antrieben für Amphibienfahrzeuge, Spezialtauchanzügen, Kopftarnmitteln aus Gummi in Form von Schwimmvogelimitationen, sogenannten Geräteträgern sowie von ver-schiedensten Klein-U-Bootvarianten. Auftragsgemäß versah Bocho die Skizzen auch mit Erläuterungen zur Funktionsweise und den technisch-taktischen Daten. Wahr-scheinlich waren auch die Unterlagen über ein amerikanisches Mini-U-Boot, die Erich

Mielke stolz dem KGB-Chef Juri Andropow überreichte, in der Zelle des Hohenschönhauser Sonderhäftlings entstanden. Seine ergiebige Entwurfs- und Dokumentationsfähigkeit honorierten seine Auftragsgeber mit diversen Haftvergünstigungen. So wurden ihm pro Jahr drei bis vier kurze Sprechkontakte mit seinen in Berlin-West wohnenden Eltern gewährt, die in der UHA Magdalenenstraße stattfanden. Von ihren finanziellen Zuwendungen und einer Geldprämie in Höhe von 150 Mark konnte er sich Fach- und Sachbücher, Lexika sowie andere benötigte, teilweise hochwertige Sachen und Gegenstände kaufen. Der privilegierte Gefangenenstatus endete jedoch abrupt. Nach dem Abschluss des Dissertationsverfahrens hatte Oberstleutnant Pätzelt kein Interesse mehr an den speziellen Fähigkeiten seines Sonderhäftlings. Bevor dieser nach über acht Jahren Zwangsaufenthalt in Berlin-Hohenschönhausen im November 1974 in die Haftanstalt Bautzen II überstellt wurde, regelte die HA IX/5 allerdings noch die Übergabe von vier großen Koffern und acht Kartons mit „diversen persönlichen Gegenständen“ sowie ein Zeichenbrett an seine Oma Charlotte in Leipzig.

In einem ungewöhnlich emotionalen und persönlich zugewandten Abschiedsbrief verabschiedet sich der Sträfling von seinem ehemaligen Vernehmer und langjährigen „Betreuer“ während des Haftvollzugs in Hohenschönhausen Major Eichel: „Auch möchte ich ihnen bei dieser Gelegenheit erklären, daß Sie mir in dieser durchlebten Zeit viele gute und nützliche Dinge gelehrt haben, daß Sie mir vor allem geholfen haben, diese Welt aus einer anderen, besseren Perspektive zu sehen [...] Dafür möchte ich Ihnen trotz allem Dank sagen [...] Herr Major – ich grüße Sie ein letztes Mal und wünsche Ihnen sowohl in Ihrem persönlichen als auch beruflichen Leben alles Gute!“

Im Juni 1976 gelangte Bocho durch ein Freikaufverfahren wieder in den Westen. Sein Versuch, sich dort als Mitglied einer von ihm gegründeten bis zu fünfzehn Personen starken DDR-Widerstandsgruppe zu verkaufen, die unter anderem umfangreiche Flugblatt- und Sabotageaktionen durchgeführt und sich verschiedene Waffen beschafft hat, scheiterte kläglich. In der Folgezeit ließ er sich in Hamburg als Datenverarbeitungskaufmann umschulen und arbeitete bis zu seiner krankheitsbedingten Versetzung in den vorzeitigen Ruhestand in einer Chemiefirma. Eine 1981 geschlossene Ehe währte nur kurz. Bocho starb als alkoholkranker Dialysepatient am 20. Juni 1997 in Stade.

Das Buch

Der langjährig als ehrenamtlicher Schöffe tätige Joachim Rudek reflektiert die Repressionsgeschichte des Mächtegern-Agenten Bocho leider nur bruchstückhaft und einseitig. Nach eigenen Ausführungen verfolgte er mit seiner Publikation die Absicht, die gegen den Kellner aus Wolgast gerichtete Urteilsbegründung des MOG von 1968 „auf ihren Wahrheitsgehalt zu untersuchen“. Bei seinen jahrelangen Recherchen war er allerdings von Anfang an insbesondere auf die maritimen und technischen Aspekte des Falls fixiert, die er dann in seinem Buch ausführlich dokumentiert und detailversessen hinterfragt. Geleitet von dieser Interessenlage formulierte er auch seinen Forschungsantrag auf Akteneinsicht beim BStU. Durch diese Konzentration auf einzelne, spezifische Fragestellungen bekam Rudek auch nur einen kleinen Teil der für den Untersuchungsvorgang Jörg Bocho relevanten Akten zur Auswertung vorgelegt. Diese Praxis der BStU erklärt, warum dem Autor für das Grundverständnis des angeblichen Spionagefalls ausschlaggebende Informationen unbekannt blieben und er lange dem Irrtum verhaftet war, mit Bocho auf einen bisher unbekanntem US-Agenten gestoßen zu sein. Seine anfängliche Auslegung des gesichteten Aktentorsos veröffentlichte die *Ostsee-Zeitung* am 12. Januar 2009 in einem ganzseitigen Artikel mit der Überschrift „Der Spion kam mit dem U-Boot“. Im Untertitel heißt es weiter: „Ein Rostocker Hobbyforscher hat in akribischer Archivarbeit ein Agenten-Schicksal rekonstruiert“. Nach dem Zeitungsbeitrag

rührten die angeblichen Geständnisse Bochos von einem Deal mit der Stasi her: „ausführliche Aussage gegen annehmbare Haftbedingungen“.

Nicht ausgeschlossen ist, dass Rudek in seiner ursprünglichen Deutung der von ihm gesichteten Akten auch durch die am 21. April 1995 erfolgte juristische Rehabilitierung Bochos bestärkt wurde. In der Begründung des Beschlusses der 51. Strafkammer des Landgerichts Berlin findet sich kein Hinweis darauf, dass der Spionagevorwurf und das MOG-Urteil von 1969 völlig haltlos waren und auf dem Erfindungsgeist der Stasi basierten. Offen muss bleiben, ob dem Rehabilitierungsgremium diese, auch für die juristische Argumentation relevanten Sachverhalte bekannt waren und es sie einfach nicht für erwähnenswert hielt, oder ob die drei zuständigen Richter der Auffassung waren, einen „echten“ NSA-Agenten wegen seiner „politischen Verfolgung“ rehabilitiert zu haben.

Durch das geschilderte Datendilemma kann Rudek keine validen Angaben zur Verhörpraxis und zum vernehmungstaktischen Vorgehen der MfS-Vernehmer machen. So äußert er sich nicht dazu, wann und wie Bocho von den Offizieren der HA IX/5 dazu gebracht wurde, „Geständnisse“ abzulegen. Der Leser des Buches erfährt auch nicht, dass der Untersuchungsgefangene bis zu seiner Isolierung in Einzelhaft 1967 von diversen Zelleninformanten „abgeschöpft“ worden war und nach intensiven Verhören mehrfach alle seine Aussagen wieder zurückgenommen hat.

In mehreren Fällen verkennt Rudek nach wie vor den Wahrheitsgehalt des von ihm verwendeten Informationsmaterials. Dazu gehören offensichtlich auch die von Bocho geschilderten Details bezüglich seiner Verhaftung, wie ein dramatischer Pistolenschusswechsel mit den Verfolgern vom MfS, bei der er auf einem Baum sitzend an einem Bein verletzt wurde.

Das mehrfach umgeschriebene Manuskript enthält zudem auffällig viele Wiederholungen. In der Mehrzahl resultieren diese aus den ausführlichen Zitaten des von Bocho 1977 verfassten Erinnerungsberichts und aus der zusätzlichen – fast kompletten – Wiedergabe dieser ambivalenten Quelle am Ende des Buches.

Der „Spionagefall“ Bocho ist ein weiteres Beispiel dafür, dass Geheimdienstler mitunter einer selbstillusionierenden Art und Weise ihrer eigenen Vorstellungswelt verhaftet sind und wie leicht diese Spezialisten auf Verschwörungstheorien und Fantasiegeschichten hereinfliegen können. Diese Einschätzung gilt explizit auch für westliche Spionageorganisationen. Erst vor einigen Jahren wurde bekannt, dass der erste BND-Chef Reinhard Gehlen von der Wahnvorstellung besessen war, die Bundesrepublik sei von einer verzweigten prosovjetschen Agentenorganisation, einer neu entstandenen „Roten Kapelle“, infiltriert.

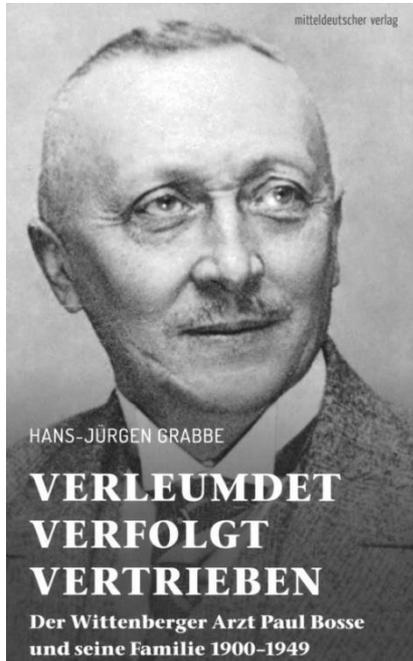
Darüber hinaus liefern die Phäno-Komplexe „klandestine Dienste“ im Allgemeinen und „Stasi“ im Besonderen immer wieder einen fruchtbaren Nährboden für Fake News. Wie anfällig unsere Gesellschaft für derartige Lügengeschichten ist, zeigt sich beispielhaft an der von der Generalbundesanwaltschaft veranlassten Verhaftung des angeblichen Stasi-Auftragskiller Jürgen G. im September 2003. Der Gas-Wasser-Installateur aus dem brandenburgischen Rheinsberg wurde verdächtigt, zwischen 1976 und 1987 mehrere Personen getötet zu haben, die aus der Perspektive der DDR als Verräter galten. Insgesamt hätten er und vier Mittäter etwa 25 Bürger aus Ost- und Westdeutschland liquidiert. Eine Spezialausbildung soll die Truppe auf einer Ostseeinsel bei Stralsund erhalten haben. Die Medien nahmen die abenteuerliche Story dankbar auf, und verschiedene „Autoritäten“ aus der Aufarbeitungsszene und selbsternannte „Stasi-Jäger“ bedienten die Gerüchteküche mit weiteren spekulativen Zutaten. Was mit den eigenen Denkklišees kompatibel ist, muss aber nicht zwangsläufig der Realität entsprechen.

Im Dezember 2003 kam dann heraus, dass G. sich die Räuberpistole um die Lizenz zum Töten ausgedacht und sie einem verdeckten Ermittler der Soko „Schimmel“ des Bundeskriminalamtes, der sich sein Vertrauen erschlichen hatte, zu abendlicher Zeit als Fortsetzungsroman erzählt hatte.

Notabene, auch der von der Oscar-Academy in Hollywood prämierte Stasi-Thriller „Das Leben der Anderen“ über den guten Stasi-Offizier Gerd Wiesler, der unter Lebensgefahr einen Dissidenten rettet, verdankt seinen internationalen Erfolg als Spielfilm zum großen Teil der Kompilation von realsozialistischen mit vielen fiktiven Elementen.

Buch eines Neuzeithistorikers, das Teile der Zeitgeschichte ausblendet

Ronny Kabus



2019 hat der in Westdeutschland sozialisierte, in Wittenberg Heimatgefühl entwickelnde (wie er selbst schreibt), aber inzwischen nach Leipzig weitergezogene Hans-Jürgen Grabbe mit Unterstützung der Wittenberger Linken und der Stadt das Buch „Verleumdet–Verfolgt–Vertrieben. Der Wittenberger Arzt Paul Bosse und seine Familie 1900–1949“ im Mitteldeutschen Verlag herausgebracht. Das Erscheinen der Publikation verwundert zunächst, hat doch bereits die Enkelin von Paul Bosse zusammen mit ihrem Ehemann (Ute und Detlev Stummeyer – beide Mediziner) 2014/2015 die tragische Geschichte der prominenten Wittenberger Familie unter dem Buchtitel „Paul Bosse. Seine Klinik in Wittenberg. Unerwünschte Wahrheitssuche“ ohne öffentliche Förderung und Finanzierung herausgegeben.

Den Grund für die thematisch ähnlich gelagerte Publikation benennt Autor Grabbe bereits auf den ersten Seiten selbst. Er gesteht zwar zu, dass es bereits Werke gebe, „die sich mit dem Leben und Wirken Paul Bosses oder Aspekten davon beschäftigen“, aber „der Anspruch (seines) Buches ist ein wissenschaftlicher. Geschrieben wurde es von einem habilitierten Neuzeithistoriker“ (und Bundesverdienstkreuzträger), wie der beeindruckte Leser erfährt. Anstoß zu seinem Buch erhielt Grabbe durch die Kenntnis der gedruckten Familiengeschichte des walisischen Zweiges der Wittenberger Bosse-Familie. Dieser ging aus der Verbindung von Bosses zweitältester Tochter Käthe (*1910) mit dem Waliser Gwyn Griffiths zurück. Deren Sohn Heini Gruffudd (englisch Griffiths) hatte 2012 in Walisisch „Die Verfolgung. Die Geschichte von Kate Bosse-Griffiths und ihrer Familie in Deutschland und Wales zur Zeit des zweiten Weltkriegs“ herausgegeben (Titelübersetzung nach Grabbe). 2014 erschien der Titel auch in Englisch „A Haven from Hitler“. Grabbe wich, da ihm auch der Titel „Eine Zuflucht vor Hitler“ mit Blick auf die in Wittenberg und Deutschland verbliebenen Mitglieder der Bosse-Familie zu kurz gegriffen schien, von der reinen Übersetzungsidee ab und entwarf auf der Grundlage einer Vielzahl familiengeschichtlicher und amtlicher Quellen ein außerordentlich breites Familienpanorama der Entwicklungs- und Verfolgungsgeschichte des Wittenberger Arztes Dr. Paul Bosse, seiner im KZ Ravensbrück ums Leben gebrachten, als jüdisch geltenden Ehefrau Käthe Bosse, geb. Levin, sowie deren vier Kinder und weiterer Familienangehöriger. Ob manches der sehr ins private Detail gehenden Darstellung einen notwendigen Wissenszuwachs über die prominente Familie Bosse oder zeitgeschichtlichen Mehrwert bringt, bleibt dem Betrachter überlassen. Viele zeitgeschichtliche Bezüge sind, wie der Autor anfangs selbst benennt, andernorts bereits dargestellt, aber durch ihn noch einmal umfangreich dokumentiert. Manche Frage stellt sich anhand der aufgezeigten Quellen erneut.

Über die Eltern von Dr. Bosses Ehefrau Käthe und ihre vier Geschwister findet sich im Wittenberger Findbuch I c, Bd. X, unter den standesamtlichen Vorgängen auf S. 321 auch eine Verfügung des Regierungspräsidenten vom 27. Oktober 1914 über die Familienamensänderung der Familie Max und Luise Levin in Leden mit dem Bemerkten:

„Die Beteiligten waren mosaischer Religion, sind dann zum Christentum übergetreten und am 29. Januar 1897 getauft“. Da Max und Luise L. aber nicht in meinen Betrachtungszeitraum fielen, bin ich ihnen nicht weiter nachgegangen. Grabbe weist nun anhand des Taufbucheintrages nach, dass der Religionswechsel nur auf die vier Kinder zutraf, nicht auf die Eltern, die als jüdisch angegeben sind. Das sind sie aber zum angegebenen Zeitpunkt sicher nicht. Dafür spricht, dass der bereits vor der Taufe der Kinder 1895 verstorbene Sohn Willy L. im Beerdigungsbuch der Evangelischen Stadtkirchengemeinde von 1893 bis 1899 unter Nr. 230 eingetragen und auf dem Stadtkirchhof im Familiengrab beigesetzt worden ist. Die Grabbelegungskarte vermerkt ihn hinsichtlich der Konfession als evangelisch. Auch die spätere Beisetzung der Eltern 1926 bzw. 1931 ist entgegen jedem jüdischen Ritus mit dem Vermerk „Einäscherung“ erfolgt. Da die Elterneinträge im Beerdigungsbuch aber als deutlich rückwirkend erkennbar sind und der Kgl. Preußische Justizrat Max Ledien noch in der Steuerheberrolle des Regierungspräsidiums für die Jüdische Gemeinde zu Halle von 1921/22 genannt wird, bleibt die Zugehörigkeit zum religiösen Judentum zweifelhaft. Die Familiengrabstelle auf dem Wittenberger Friedhof, auf der auch die Tochter Eva, geb. Borowietz, die sich 1938 aus Verzweiflung das Leben nahm, beigesetzt wurde, existiert heute noch, ist aber dem Verfall ausgesetzt, so dass von mir Mitte der 1980er Jahre noch lesbare Inschriftenteile auf den Sandsteinsäulen heute leider nicht mehr vorhanden sind. Die Grabstelle ist nach Aussage der Enkelin der Bestatteten, geb. Erika Ledien, von ihrem Vater Hans Ledien entworfen worden.

Auf Seite 195 erwähnt der Autor in Anmerkung 37 den jüdischen Arzt Dr. Moses aus Trebitz, der dort bis 1940 eine Klinik besessen haben soll. Hier dürfte es sich um einen Irrtum handeln. Denn im Zuge allenthalben stattfindender Denunziationen muss ein Otto Nowack aus Bad Schmiedeberg im *Wittenberger Tageblatt* vom 17. Dezember 1935 eine solche öffentlich zurücknehmen, da ihm der Nachweis erbracht wurde, „dass die Vorfahren des Dr. med. Moses seit dem Jahre 1570 arisch und evangelisch gewesen sind“. Auch keine der von mir erfassten „Juden-Listen“ verweist auf diesen Dr. Moses.

Auf dem Rückumschlag seines Buches liest man im Resümee, dass das Familienporträt der Wittenberger Familie Bosse ein exemplarisches Kapitel Zeitgeschichte offenbart, „zumal sich für einige der nach Wittenberg zurückgekehrten Familienmitglieder Repressalien der SED unmittelbar an die Verfolgung durch die Nationalsozialisten anschlossen.“ Das Ertragen von Repressalien ging allerdings vielen DDR-Bürgern bis 1989 so. Während der altd Bundesdeutsche Hans-Jürgen Grabbe im Westen unseres inzwischen 30 Jahre wiedervereinten Vaterlandes ungehindert an seiner akademischen Karriere arbeiten und diese nach der Wiedervereinigung im Osten vervollkommen konnte, habe ich als seit 1975 promovierter Historiker wegen kritischer Haltung gegenüber der SED und ihrer Kulturpolitik alle beruflichen und gesellschaftlichen Positionen sowie die mir auf Empfehlung der Akademie der Wissenschaften angebotene Stelle als Oberassistent mit Habilitationsauftrag an der Universität Leipzig verloren. Und in Wittenberg „kümmerte“ sich die SED-gelenkte Staatssicherheit mit zahlreichen Spitzeln rund um die Uhr um mich – bis hin zum nächtlichen Einbruch in mein Arbeitszimmer der Lutherhalle (heute: Lutherhaus). Das muss den Neuzeithistoriker Grabbe natürlich nicht sonderlich interessieren. Aber wie kommt ein solch qualifizierter Mensch wie Grabbe bei einem Thema wie der Erforschung verfolgter (jüdischer) Bewohner Wittenbergs dazu, sich in totale Ignoranz gegenüber zeitgeschichtlichen Verhältnissen der jüngeren Vergangenheit zu hüllen. Wie wir am Anfang seines Buches erfahren, bildete den Auslöser für sein Werk der Wittenberger Stadtrat und Vorsitzende des Kulturausschusses Horst Dübner. Dieser „Kulturmensch“ war von 1986 bis zur friedlichen Revolution als 1. Sekretär der SED-Kreisleitung der führende regionale Repräsentant der von der

diktatorischen SED beherrschten DDR, deren sich ihre Bürger nach 40 Jahren endlich entledigen konnten. Kaum vorstellbar, dass Grabbe davon keine Kenntnis hat. Doch er nimmt auch nicht zur Kenntnis, wie meine Forschungen zum Schicksal Wittenberger Juden zur DDR-Zeit gegenüber seinen von der SED über die PDS zur Linken mutierten Förderern verliefen. Der frühere Bürgerrechtler und Pfarrer Friedrich Schorlemmer erinnert sich 1992: Als Kabus „im Jahre 1988 zum fünfzigjährigen Gedenken an die Kristallnacht eine Ausstellung über Judenverfolgung in Wittenberg machte und diese nicht ‚vom Standpunkt der Arbeiterklasse‘ aus aufbaute [...], gab es kurz vor der Eröffnung der Ausstellung noch Überlegungen, die Ausstellung gar nicht zu eröffnen oder im Sinne einer ‚parteilichen‘ Darstellung zu revidieren“. Andere unmittelbare Zeitzeugen bekundeten nachlesbar Ähnliches. Die dann doch zur Ausstellungseröffnung erscheinende SED-Obrigkeit mit Dübner an der Spitze verweigerte dem aus Schweden auf meine persönliche Einladung angereisten Sohn des im KZ Dachau umgebrachten Wittenbergers

Martin Kolf die persönliche Begrüßung. Ins Gästebuch ließ sich Dübner mit dem Spruch eintragen: „Die Opfer der faschistischen Pogrome [...] sind für uns Verpflichtung, mit aller Kraft unsere Politik des Friedens, des Humanismus und der Völkerverständigung durchzusetzen.“ Allerdings vergaß der SED-PDS-Linken-Politiker Dübner 2005 nicht, seine Genossin Gemahlin zur Eröffnung der von mir 2003 neu konzipierten Ausstellung nach Israel zu schicken, wo wie zu DDR-Zeiten die Funktionäre unter Ausschluss des Ausstellungsmachers unter sich blieben, wie an allen

anderen Ausstellungsorten in Deutschland und den USA ebenfalls. Wird in der Wittenberger Ausgabe der *Mitteldeutschen Zeitung* vom 15. November 2000 noch kritisch vermerkt, dass „von innerer Einkehr keine Spur“ bei ihm zu erkennen sei und man bei mancher Stadtratssitzung eher den Eindruck bekomme, „hier habe einer die Demokratie erfunden“, so scheint der inzwischen in fast allen Entscheidungsgremien vertretene Machtmensch Dübner weitestgehend Absolution erhalten zu haben. So nimmt es nicht Wunder, dass Neuzeithistoriker Grabbe sich Dübner gegenüber zu besonderem Dank verpflichte fühlt und mit ihm „über Jahre in freundschaftlichem Austausch über das Projekt stand“. Auf die in Grabbes Buch von ihm gern zitierten (lateinischen) Sinnsprüche bleibt mir nur der von Goethe stammende als Entgegnung: „Sage mir, mit wem du umgehst, so sage ich dir, wer du bist.“



Ausstellungseröffnung am 10. November 1988 im reformationsgeschichtlichen Museum Staatliche Lutherhalle Wittenberg.

Autor: Ronny Kabus, Gestaltung: Axel Buschmann, Leipzig

Fotoarbeiten: Wilfried Kirsch, Lutherstadt Wittenberg

**Bernd Greiner: Henry Kissinger. Wächter des Imperiums. Eine Biografie.
München: Verlag Beck 2020, 480 S., 28 Euro**

Peter März

Die bildungspolitischen Dilemmata unserer Zeit scheinen vor dem Lektorat des Verlages Beck, mit dem renommiertesten historischen Sachbuchprogramm im deutschsprachigen Raum, nicht Halt zu machen: Auf Seite 282 der biografischen Studie von Bernd Greiner über Henry Kissinger wird der „Geisteszustand“ von US-Präsident Nixon zum Zeitpunkt seines mehr oder weniger erzwungenen Rücktrittes infolge des Watergate-Skandals mit der geistigen Verfassung von Kapitän Qeeg aus dem Roman „Die Meuterei auf der Bounty“ verglichen. Nur: Der zum Zeitpunkt des Ausbruchs der Französischen Revolution auf dem britischen Kriegsschiff *Bounty* abgesetzte und ausgesetzte Kapitän hieß nicht Qeeg, sondern Bligh; Kapitän Qeeg hingegen kommandierte nach dem Roman „Die Cain war ihr Schicksal“ ein etwas verrostetes amerikanisches Kriegsschiff im pazifischen Krieg gegen Japan und wurde dort, wohl 1944, von seinen Offizieren, da angeblich verrückt geworden, abgesetzt. Autoren können solche Pannen, die Leser entweder verdrießlich machen oder schmunzeln lassen, schon einmal unterlaufen. Verlage sollten hier Filter haben.

Über die Kernqualität eines Buches entscheiden selbstverständlich derlei Pannen nicht. Der Autor dieses Beitrages wurde, von der allgemeinen Verlagsankündigung abgesehen, auf die Greiner-Biografie über Kissinger durch eine hymnische Rezension der Chefgeschichtspolitikerin der *Süddeutschen Zeitung*, Franziska Augstein, am 14. September 2020 aufmerksam (*SZ*, S. 12). Ein Buch, an dem es eigentlich überhaupt nichts kritisch zu kommentieren oder zu hinterfragen gibt, sticht schon dadurch aus der reflexiven Kritikerlandschaft stark hervor. Die Augstein-Rezension ist ein Lobgesang ohne Wenn und Aber einer angeblich „exzellenten und mit Esprit geschriebenen Biografie“. Das wirft die Frage auf, ob es sich hierbei womöglich um einen geschichtspolitischen Flankenschutz handelt. Bei beiden Akteuren, Bernd Greiner als Autor wie auch bei seiner Rezensentin, ist eine antiwestliche bzw. antiamerikanische Blickrichtung klar erkennbar, das betrifft Bewertungen zum Kalten Krieg und im Fall Franziska Augsteins alle möglichen Insinuationen, was die Situation des Irans und die allgemeine Tektonik in der Mittelost-Region anbelangt. Greiner konzentriert sich in hohem Maße auf die Jahre Kissingers als Sicherheitsberater, später dann, ab 1968, auch als Außenminister Präsident Nixons, und bezieht sich dabei primär auf Fundstellen aus den im Kontext des Watergate-Skandals überlieferten Tonaufnahmen aus dem Oval Office.

Gewiss gibt es bei ihm auch den Kissinger, der in den fünfziger Jahren in Harvard hervortrat, sich über die strategischen Prämissen von Sicherheitspolitik im Nuklearzeitalter Gedanken machte, allmählich in die erste Liga der amerikanischen strategischen Denker aufstieg und weithin vergeblich versuchte, bereits in der Präsident Kennedy-Administration ab 1960 Terrain zu gewinnen. Gleichwohl: Zwei wesentliche Dimensionen der menschlich-persönlichen wie der wissenschaftlich-akademischen Existenz des aus Fürth stammenden jüdischen Franken Henry Kissinger werden lieblos, ja eigentlich gar nicht abgehandelt – und damit fehlen für die spätere Biografie des 1923 Geborenen die zentralen Voraussetzungen. Kissinger erscheint für seine Frühzeit bei Greiner als wichtigtuerischer Streber, mit Ellbogen ausgestattet, um akademische Konkurrenten auf die Seite zu schieben, dazu unablässig lesend und Gelesenes wichtigtuerisch nach außen kolportierend, ohne es vielfach verstanden zu haben. An all dem mag ja auch das ein oder andere dran sein; aber auch hier stört schon die erkennbar vorsätzlich abwertende Grundhaltung.

Zum einen: Natürlich kommt auch Greiner nicht umhin, darauf hinzuweisen, dass Kissinger Emigrant war – die Familie verließ 1938 ihre fränkische Heimat. Aber was das eigentlich in der Konsequenz für das Fußfassen in einem anderen Land und in einer weithin anderen Kultur mit negativen Startbedingungen bedeuten musste, dazu fehlt jede sensible Reflexion. Henry Kissinger war eben nicht der, der bescheiden zurücksteckte, sondern er war – positiv – einer, der die ungünstigen Startvoraussetzungen vehement zu überwinden suchte, möglichst nicht unten auf Ruderbänken, sondern oben, zumindest in der Nähe von Entscheidungsträgern jenes Landes, das ihm, den Eltern und dem Bruder eine neue Heimat bot.

Eigentlich verdient ein solcher Werdegang eine positive Würdigung, bei Greiner ist aber eher das Gegenteil der Fall. Er delektiert sich vielmehr an zahlreichen verbalen Ausfällen, deftigen Redensarten, sexistischen Sprüchen, die sich in den Tonaufzeichnungen aus dem Weißen Haus in den Nixon-Jahren zuhauf finden, und bei denen Henry Kissinger nun einmal auch kein Waisenknabe war. Nichts aber spricht dafür, dass Kissinger einfach nur Rabauke unter Rabauken war, wie es Greiner nahegelegt. Vielmehr müsste man doch sehen, dass er sich eben an einer schwierigen und exponierten Stelle mit einem denkbar schwierigen unsicheren und diese Unsicherheit überkompensierenden Chef in Gestalt von Präsident Nixon veranlasst sah, sich im Tonfall an die damaligen Gepflogenheiten im Weißen Haus anzupassen. Hätte er sich denn stattdessen als eloquenter Harvard-Professor bei den handfesten Politmachern um Präsident Nixon zum Exoten machen sollen? Der Kissinger-interessierte Leser kann allerdings im Kontrast zumindest für die Zeit bis 1968 auf die wirklich solide, faire und ungemein detaillierte Biografie von Niall Ferguson zurückgreifen.¹

Ohne sich hier in den Details verlieren zu wollen, erscheinen für den späteren Kissinger und die Maximen seiner Politik doch seine wissenschaftliche Prägung ungemein bedeutsam – und das ist eben zunächst nicht die Auseinandersetzung des jungen Harvard-Gelehrten mit den Prämissen von Sicherheitspolitik im nuklearen Zeitalter. Hier macht Greiner im Übrigen aus Kissinger eine Art vorlauten Kriegstreiber, der nur predigend durch die Lande gezogen und die Bereitschaft zum nuklearen Risiko wie gegebenenfalls auch zum nuklearen Konfliktaustrag propagiert habe. Nun war Kissinger kein strategisches Weichei, wie ihn sich Greiner und andere Adepten einer defensiven Grundhaltung des Westens im Kalten Krieg wohl gewünscht hätten. Er war weder bedenkenloser Harsardeur noch ideologischer Dogmatiker. Eben dies hätte der Biograf erklären können, wenn er der großen Dissertation Kissingers aus seinen Harvard-Jahren über die Bändigung des europäischen Kriegsfurors in den Zeiten des österreichischen Staatskanzlers Metternich und des britischen Außenministers Castlereagh am Ende der napoleonischen Ära Raum gegeben hätte.² Es handelt sich hierbei nämlich nicht um eine beliebige Dissertation zur wohlfeilen Erlangung des Doktorgrades, sondern um eine grundlegende, die weitere wissenschaftliche und politische Biografie prägende Ouvertüre. Greiner mäkelte, was diese Arbeit anbelangt, an ihrer Materialgrundlage herum: „Seine damaligen Kollegen in Harvard [...] monierten den konventionellen Zuschnitt der Arbeit. Ausschließlich auf Sekundärquellen gestützt, hatte der Kandidat einen konzisen Literaturbericht, aber keinen innovativen Forschungsbeitrag vorgelegt.“ Nun hatte Kissinger, das entging Greiner oder er wollte es nicht wahrhaben, eben bewusst keine genuin histori-

1 Niall Ferguson: Kissinger. Der Idealist – 1923–1968, deutsche Ausgabe, Berlin 2016 (amerikanische Originalausgabe 2015).

2 Henry A. Kissinger: Großmacht Diplomatie. Von der Staatskunst Castlereaghs und Metternichs, deutsche Ausgabe Düsseldorf, Wien 1962, hier: Tb-Ausgabe 1973, als Dissertation in der amerikanischen Ausgabe erschienen: Harvard 1954.

sche Darstellung vorgelegt, sondern eine historisch unterfütterte politikwissenschaftliche Studie, bei der es darum ging, zu zeigen, wie nach einer revolutionär-bellizistischen Phase Interessenausgleich und Konflikteinhegung gelingen konnten – und können.

Es ist mehr als billig, dem Autor vorzuhalten, dass er damals nicht das Wiener Haus-, Hof- und Staatsarchiv und die einschlägigen Londoner Archive frequentierte. Und nur von Sekundärliteratur kann schon überhaupt nicht die Rede sein, wenn man Kissingers Arbeit aus dem Jahr 1954 in den Blick nimmt. Er hat zweifellos nicht nur die damals vorhandene Forschungsliteratur, sondern alle nur greifbaren Editionen herangezogen. Eine unideologische Stabilisierungs- und Friedenspolitik als Zielvorgabe, das war die Quintessenz, die der junge Harvard-Absolvent aus den Bemühungen der führenden europäischen Diplomaten nach den napoleonischen Imperialjahren zog. Vor allem ging es den europäischen Diplomaten im Zeichen des Wiener Kongresses und der sich anschließenden Kongressdiplomatie darum, zu verhindern, dass an die Stelle des eben besiegten europäischen Hegemons, des napoleonischen Frankreichs, nun ein neuer trat: Das russische Imperium unter Zar Alexander I.

Einen gewissen Charme hat es zudem, dass gerade die heutige historische Forschung, zumal zum österreichischen Staatsmann Graf Clemens Metternich, die alten Prämissen Henry Kissingers, das gesamte Quellencorpus ausschöpfend, bestätigt: Metternich, so gerne als purer Reaktionär verschrien, war Gleichgewichts- und Friedenspolitiker par excellence. Er verstand es, Stabilität herzustellen und sie für einen bemerkenswert langen Zeitraum zu sichern.³

Die Entscheidung Richard Nixons bei Beginn seiner Präsidentschaft 1968, Henry Kissinger als seinen Sicherheitsberater ins Weiße Haus zu holen, hat viele Zeitgenossen verblüfft. Kissinger galt lange als eher den Demokraten bzw., was die Republikaner anbelangt, deren linken Flügel um Nelson Rockefeller nahe stehend und vor allem als typischer Ostküstenintellektueller. Damit gehörte er zu exakt jener Szene, die dem durch und durch misstrauischen Richard Nixon überhaupt nicht behagte. Auf den zweiten Blick hatte der Zuschlag für Kissinger aber durchaus Sinn: Kissinger war zwar ein Mann der „freien Welt“, aber er war in dieser Hinsicht eben kein ideologischer Prinzipienreiter; dazu kam er ohne politische oder institutionelle Hausmacht ins Weiße Haus, hatte also dort keine Verbündeten, mit denen er sich kurzschließen konnte. Und Nixon konnte mit seiner Berufung eine intellektuelle Aufgeschlossenheit demonstrieren, die man ihm eigentlich gar nicht zutraute.

Über all solche diffizilen Kontexte ist bei Greiner nichts zu erfahren. Er mokierte sich stattdessen über viele Dutzend Seiten, wie Kissinger nach unten getreten und nach oben gebuckelt habe, wie er jeden Erfolg auf seine Fahnen zu schreiben und jeden Misserfolg anderen anzulasten versuchte. Wer je in einem vernetzten administrativen Kontext mit politischer Führungsfunktion zu tun hatte, wird über derlei Verhaltensweisen freilich nicht verwundert sein. Redenschreiber balgen sich in aller Welt um die politisch spannenden Reden und suchen die Schuld bei jeweils anderen, wenn eine Sprachregelung einmal nicht aufging, so ist dieses Geschäft. Schlauberger wie Greiner sollten darüber nicht allzu verwundert sein, wenn sie sich schon auf die Niederungen der Realpolitik einlassen.

An nicht wenigen Stellen führt Greiner als Kontrastfigur zu Henry Kissinger einen weißen Ritter ins Feld. Willy Brandt habe die Tugenden und Einsichten aufgebracht, die Kissinger (und Nixon) gefehlt hätten, an erster Stelle „Vertrauen“ gegenüber der sow-

³ Wolfram Siemann: Metternich. Stratege und Visionär. Eine Biografie, München 2016, pointiert S. 873.

jetischen Führung, eine transparente Kommunikation, den Willen zum wirklichen Ausgleich. Wieviel „Vertrauen“ Leonid Breschnew allerdings verdiente, wird von Greiner allerdings nicht weiter thematisiert. Mehr noch: Kissinger habe versucht, Brandts neuer Ostpolitik möglichst viel Sand ins Getriebe zu werfen. Der weiße Ritter Brandt und der schwarze Ritter Kissinger, das ist nun allerdings eine grobe Verzeichnung der Tatsachen: Es ist eine zeitgeschichtliche Binsenweisheit, dass die westliche Führungsmacht im Grunde schon seit Ende der fünfziger Jahre Entspannung gegenüber dem sowjetischen Imperium präferierte, deren Kernelemente rüstungspolitischer Ausgleich und ein *modus vivendi* in Europa sein sollten. Dass dabei die weltpolitischen Rahmendaten von Washington als westlichem Hegemon, und keinesfalls von Bonn als europäischer Mittelmacht, gesetzt wurden, war eine pure Selbstverständlichkeit. Bonn stand nun mal nicht mit Washington und Moskau auf Augenhöhe, auch wenn Greiner das nicht sehen mag.

Kissinger (und Nixon) mochten parteipolitisch Vorbehalte gegenüber den führenden deutschen Sozialdemokraten haben und emotional die alten Verbündeten aus dem westdeutschen Unionslager präferieren; das änderte aber nichts daran, dass sie die Grundlinie der neuen deutschen Ostpolitik, die Akzeptanz der staatlichen und territorialen Verhältnisse in Mitteleuropa für die Perspektive einer künftigen Auflockerung im Kern befürworteten. Ihr in der weiteren Perspektive nicht unbegründetes Misstrauen bezog sich dann vielmehr darauf, dass sie zumindest bestimmten Akteuren im Umfeld der sozialliberalen Koalition in Bonn unterstellten, sie seien bereit, über diese Zielvorstellungen hinauszugehen, die Mitgliedschaft der Bundesrepublik im westlichen Bündnis wie dessen Existenz überhaupt in Frage zu stellen und eine, wie man damals sagte, Finnlandisierung der Bundesrepublik anzustreben, wenn nicht mehr. Hier wird man doch hinzufügen dürfen, dass die zweite Phase der sozialdemokratischen Ostpolitik, nun unter Oppositionsbedingungen, in den achtziger Jahren mit der Bereitschaft zu vielfachen Arrangements mit Moskau und Ost-Berlin (Denuklearisierung Mitteleuropas, sicherheitspolitischer Sonderstatus, parteipolitische Kooperationen von SPD und SED) im Nachhinein derlei Befürchtungen Kissingers und Nixons durchaus bestätigte.

Das Bild vom rabiaten Kalten Krieger Henry Kissinger, das Greiner lustvoll überzeichnet, wird freilich auch in einer anderen Dimension schwer erschüttert, in der unmittelbar weltpolitischen: Zunächst einmal akzeptierte der Sicherheitsberater Präsident Nixons, dass die USA in den späten sechziger und frühen siebziger Jahren zumindest quantitativ nicht mehr die militärische Überlegenheit gegenüber der Sowjetunion besaßen, wie dies noch für die Kennedy-Jahre, insbesondere für die Kuba-Krise vom Herbst 1962, gegolten hatte. Kissinger hielt aber nun nichts davon, die inzwischen erreichte weitgehende wechselseitige Verwundbarkeit und Parität der beiden Weltmächte durch den Versuch einer weitergehenden amerikanischen Überrüstung wieder in Frage zu stellen. Er richtete seine Politik vielmehr am gegebenen Ist-Stand aus. Die beiden wesentlichen Elemente waren die SALT-Verträge mit der Sowjetunion Leonid Breschnews zur Herstellung strategischer Stabilität und, auch eine Idee Nixons selbst, die Einbeziehung eines dritten Partners, der Volksrepublik China in das weltpolitische Spiel über alle denkbar breiten ideologischen Gräben zwischen Washington und Peking hinweg. Bei Greiner ist allerdings wenig bis nichts über den strategischen Ausgleichspolitiker Kissinger im Verhältnis zu Moskau zu lesen, weil dies nun einmal nicht in seine ideologische Weltsicht passen würde, und schon gar nichts über seine beiden Geheimbesuche 1971 in Peking, durch die das Eis aufgetaut und die anschließende Visite von Präsident Nixon selbst vorbereitet wurde. Bei Greiner erscheint Kissinger vielmehr als ein etwas tumber Amerikaner, den die intellektuell filigranen Chinesen mit Lust rhetorisch und argumentativ

ausmanövriert hätten.⁴ Man fragt sich, weshalb Kissinger heute noch in China einer der am meisten geschätzten Amerikaner ist.

Kissinger und China, das reduziert sich bei Greiner auf die Begleitung Präsident Nixons bei dessen Visite in Peking und auf die dauernden eifersüchtigen Anwandlungen des Sicherheitsberaters, möglichst gleichberechtigt an der Kommunikation teilhaben zu können und möglichst in Hotelzimmern untergebracht zu sein, die denen des Präsidenten möglichst nahelagen. Gewiss soll man es mit der historischen Analogie nicht übertreiben, gleichwohl: Kissingers doppeltes Spiel, ein einigermaßen gesichertes Gleichgewicht gegenüber dem sowjetischen Militärpotenzial und eine Auflockerung des weltpolitischen Duopols durch die Stärkung des dritten Faktors China, erinnert doch deutlich an die Gestaltungselemente seiner historischen Helden Metternich und Castlereagh: Sie hatten, hier zunächst Metternich, versucht, Napoleon und sein Imperium auf eine Größe zu reduzieren, die es für das restliche Europa erträglich werden ließ; als das fehlschlug, ging es darum, den großen militärischen Sieger, das zaristische Russland, nicht übermächtig und zum alleinigen europäischen Hegemon werden zu lassen. Gleichzeitig gingen die beiden Strategen daran, den Feind von gestern, Frankreich, nun unter den Vorzeichen einer wiederhergestellten klassischen Monarchie, ins Großmachtspiel zurückzubringen, als Faktor, der helfen sollte, Übermacht auszugleichen. So agierten die Vereinigten Staaten in der frühen Nachkriegszeit und in Zeiten des Kalten Krieges in Europa und nichts Anderes versuchten sie zu Beginn der siebziger Jahre mit ihrer Chinapolitik.

Diese historische Dimension erfasst Greiner nicht. Er arbeitet vielmehr die üblichen linken Vorbehalte gegen Henry Kissinger ab: Der Militarist und Kriegstreiber, der die Verlängerung des Vietnam-Krieges, den Putsch gegen den linkssozialistischen chilenischen Präsidenten Allende 1973 und im selben Jahr die weltpolitische Gefahrensituation im Zusammenhang mit dem Jom-Kippur-Krieg zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn zu verantworten habe.

Der Reihe nach: Nixon und Kissinger haben bekanntlich den Vietnam-Krieg nicht begonnen, die Anfänge liegen wesentlich bei Präsident Kennedy, die Ausweitung zu umfangreichen amerikanischen Bodenoperationen liegt in der Verantwortung seines Nachfolgers Präsident Johnson. Davon ist bei Greiner kaum die Rede, was umso mehr ins Gewicht fällt, als im linken (west-)deutschen Geschichtsbild der Vietnam-Krieg ja so etwas wie eine Art amerikanischer Ursünde ist. Kissinger und Nixon aber haben im Ergebnis den Vietnam-Krieg beendet. Sie haben allerdings eben nicht, und hier liegt der unausgesprochene Vorwurf Greiners, nach ihrem Amtsantritt 1968 gegenüber Ho Chi Min die weiße Fahne gehisst und das südliche Vietnam dem kommunistischen Regime im Norden überlassen. Ist es aber eine auch nur halbwegs sinnvolle und realistische Position anzunehmen, eine Weltmacht wie die USA, mit den Legitimations- und Existenzbedingungen, denen sie als solche unterliegt, hätte einfach ohne weiteren Widerstand eine wichtige Position räumen können und sollen? Welche Groß- und Weltmacht agiert so oder glaubt, so agieren zu können, zumal wenn sie sich auf höherer Ebene in einem Duell mit einer anderen Groß- bzw. Weltmacht befindet?

Typisch, dass bei Greiner die andere Seite, die nordvietnamesische in ihren Strategien kaum erkennbar wird. So bleibt der Vorwurf an Kissinger, er habe einen Krieg, von dessen Verlust er ohnehin überzeugt gewesen sei, unnötig und mit vielen Einbußen für die Zivilbevölkerung in die Länge gezogen. Das kann man in typisch deutscher Manier

⁴ Vgl. hingegen Kissingers eigene Schilderungen in seinen Memoiren über die Geheimreisen nach Peking 1971: Henry A. Kissinger: Memoiren 1968–1973, deutsche Ausgabe München 1979, Kap. XIX; die Reise nach Peking, S. 779 ff.

so behaupten – umgekehrt gilt freilich: Wie hätte die Mannschaft um Nixon gegenüber den Verbündeten in der NATO und gegenüber den Kontrahenten in Moskau ihre Prokura behalten können, wenn sie in Vietnam mehr oder weniger schnell kapituliert hätte? Positiv formuliert: Nixon und Kissinger haben am Ende den Vietnam-Krieg ja durchaus beendet, und sie haben relativ schnell das Gros der amerikanischen Bodentruppen, die in verlustreiche Kämpfe verstrickt waren, zurückgezogen. In Summe eine schwierige und gemischte Bilanz, nicht mehr und nicht weniger. Allerdings: Vor der historiografisch gemischten Bilanz mutet auch der Friedensnobelpreis, den sich Henry Kissinger 1973 eigentlich mit seinem vietnamesischen Verhandlungspartner Le Duc Tho teilen sollte, problematisch an. Friedensnobelpreisträger aus der Welt der Politik mit blütenweißer Weste wird man aber auch schwerlich finden können. Le Duc Tho lehnte die Annahme des Preises seinerzeit ab.

Zweiter Faktor: Der Jom-Kippur-Krieg vom Herbst 1973, als es, ganz anders als beim Sechs-Tage-Krieg von 1967, um die Existenz Israels zu gehen schien. Greiner wirft auch hier wie an manchen anderen Stellen Kissinger vor, eine krisenverschärfende Prestigepolitik getrieben, an einer Eskalationsschraube gedreht zu haben, um am Ende als *deus ex machina* Deeskalation exekutieren zu können; fast könnte man sagen: Das Risiko eines dritten Weltkrieges mit nuklearem Schlagabtausch zwischen den Supermächten wurde in Kauf genommen, um Macht- und Prestigepolitik demonstrieren zu können. Was spricht eigentlich für diese These?

Der Jom-Kippur-Krieg zerfiel militärisch gewissermaßen in zwei Hälften; zu Beginn sah sich Israel, das erste Mal seit der Erringung seiner Unabhängigkeit, in eine gefährliche Defensive versetzt, die Verluste ungewöhnlich hoch, die Bevölkerungszentren nahe den potenziellen Invasoren, Waffen und Munition zunehmend aufgebraucht. In dieser Situation leisteten die USA schnelle und umfassende Hilfe mit Rüstungsgütern, sicher auch, damit Israel nicht in die Situation geriet, als letztes Instrument seine Nuklearwaffen einzusetzen und damit eine Katastrophe größten Ausmaßes heraufzubeschwören. Bei Greiner steht natürlich auch nicht, dass in dieser Lage die Bundesrepublik, konkret die Regierung Brandt/Scheel, sich auf eine Art Neutralität zurückzog und dem Transport von Rüstungsgütern über Standorte und deutsche Flughäfen Steine in den Weg legte. Das passt nun einmal nicht in das so gerne gepflegte Narrativ von der pro-israelischen deutschen Politik, zumal unter sozialliberalen Vorzeichen.⁵

Im Gegenzug gelang es den israelischen Streitkräften, die Invasoren so weit niederzurufen, dass nun ihnen eine vollständige Niederlage mit politisch unabsehbaren Konsequenzen drohte: Die syrische Armee wurde bis vor die Tore von Damaskus zurückgedrängt, eine ganze ägyptische Armee am Suezkanal umzingelt. Als nun die Sowjetunion mit unmittelbarem militärischem Eingreifen durch die Entsendung von Luftlandedivisionen drohte, griff die Pendeldiplomatie Henry Kissingers zwischen Washington, Moskau und den Hauptstädten im Nahen Osten, zeitweise flankiert durch die Versetzung der US-Streitkräfte in einen hohen militärischen Bereitschaftsstand.

Ein Ergebnis seiner Politik, die von Waffenstillstandsvermittlung zur Friedensanbahnung vorankam, war der Friedensvertrag zwischen Israel und Ägypten vom 26. März 1979, der zwar in der Nach-Kissinger-Zeit besiegelt wurde, aber eben zugleich in der Logik jener Entwicklungen zu sehen ist, die mit der Pendeldiplomatie von Präsident Nixons Sicherheitsberater 1973 begonnen hatte.

Schließlich der Militärputsch in Chile gegen Präsident Allende 1973, das sich anschließende Pinochet-Schreckensregime und Allendes Freitod in seinem Präsidentenpalast

⁵ Vgl. Michael Wolffsohn: Friedenskanzler. Willy Brandt zwischen Krieg und Terror. Mit Beiträgen von Thomas Brechenmacher, Lisa Breschnick und Till Rieger, München 2018.

Moneda im Augenblick des Eindringens putschender Militärs. Eine unmittelbare Kausalkette von Kissinger über die viel gescholtene CIA bis zu den putschenden Militärs in Chile kann auch Greiner nicht präsentieren, und doch insinuiert er hier einmal mehr, Kissinger habe mit den dunklen Mächten im Bunde gestanden. An keiner Stelle wird erwähnt, wie fragil und zunehmend weniger legitimiert die Allende-Regierung eigentlich war; Allende hatte weder als Präsident eine Mehrheit bei der Volkswahl erzielt – er war nur als relativer Wahlsieger parlamentarisch bestätigt worden – noch hatten die hinter ihm stehenden Kräfte je eine eigene Mehrheit im chilenischen Parlament errungen. Zunehmende Versorgungsengpässe traten ein, Gewalttätigkeiten häuften sich. Das alles rechtfertigt keinen gewaltsamen Putsch und selbstverständlich noch sehr viel weniger das sich anschließende Schreckensregime des Diktators Pinochet. Zweifelsohne passt es in Kissingers Konzept, den chilenischen Unsicherheitsfaktor als geostrategische Herausforderung auf dem Doppelkontinent losgeworden zu sein. Gleichwohl sollte eine Biografie dieses Politikers bei der Rekonstruktion der Vorgänge in und um Chile zu Beginn der siebziger Jahre Verschwörungstheorien meiden, die mit dem vorhandenen Quellenmaterial nicht belegt werden können.

Henry Kissingers amtliche Laufbahn endete 1976 mit der Präsidentschaft von Gerald Ford, dem kurzzeitigen Nachfolger Richard Nixons nach dessen durch die Watergate-Affäre unausweichlichen Rücktritt. Ob und wie intensiv Kissinger gerne noch einmal eine amtliche Position erhalten hätte, wie Greiner meint, sei dahingestellt. Positiv formuliert, Einfluss ohne die Mühen der administrativen Verantwortung lässt sich gerade dann ausüben, wenn Kompetenz, Netzwerk und Autorität zur Verfügung stehen. Das hat Kissinger ohne Zweifel auf nationaler und internationaler Bühne über mehr als die letzten vier Jahrzehnte vorgeführt. Greiner sieht ihn auch hier als Troublemaker. Doch Akteure dieser Provenienz können sich da einmischen, wo Diplomaten und amtierenden Staatsmännern Zurückhaltung auferlegt ist; sie können sondieren, was vielleicht gehen könnte und was nicht, sie können Außen- und Sicherheitspolitik mit den Mitteln der Publizistik einem breiten Publikum näherbringen, und sie können die einschlägigen wissenschaftlichen Disziplinen davor bewahren, blutleer neben dem realen Geschehen einher zu trotten und sich in methodischen Glasperlenspielen zu verlieren. Kissingers wissenschaftlich-publizistisches Werk aus dieser Zeit ist gewaltig, es deckt Frühe Neuzeit und Zeitgeschichte ab, vom Westfälischen Frieden bis zum 21. Jahrhundert.

Zu einer fairen Auseinandersetzung mit dem Lebenswerk Henry Kissingers ist Bernd Greiner nicht in der Lage. Er mokierte sich mit teutonischer Ernsthaftigkeit da, wo man auch einmal schmunzeln könnte, nicht zuletzt bei Kissingers Abstechern in die Welt der schönen Hollywood-Diven. So what, warum denn eigentlich nicht? Im Literaturverzeichnis Greiners gibt es keine Hinweise auf Zeitzeugenerinnerung von Kissinger persönlich Nahestehenden. Allein mit Tonmitschnitten aus Richard Nixons Festung im Weißen Haus lässt sich dieses Defizit nicht ausgleichen. Der herablassende Umgang mit der Biografie des aus Deutschland vertriebene Franken Henry Kissinger ist unakzeptabel. Für die wissenschaftliche Zeitgeschichtsforschung ist zu hoffen, dass Niall Ferguson bald seinen nächsten Band über Henry Kissinger und dessen Biografie nach 1968 vorlegen wird.

Kristina Spohr: Wendezeit. Die Neuordnung der Welt nach 1989. München: DVA 2019, 976 S., 42,00 €

Bernd Knabe

Kristina Spohr ist Associated Professor an der London School of Economics. 2018/19 ermöglichte ihr die Helmut Schmidt-Ehrenprofessur einen Forschungsaufenthalt am Henry A. Kissinger Center for Global Affairs der Washingtoner Johns Hopkins Universität, den sie für die Fortsetzung ihrer Arbeiten an einem Buchprojekt über die internationale Politik in den Jahren 1989 bis 1992 nutzen konnte. Nachdem sie bereits 1998/99 Interviews mit sieben Zeitzeugen dieser Umbruchphase führen und 2009 an einer Konferenz mit Zeitzeugen teilnehmen konnte, hat sie 2018/19 an ihrem Gast-Institut, gemeinsam mit einem Kollegen, drei weitere Konferenzen mit fünfzehn bis zwanzig prominenten Teilnehmern organisiert (zwei als „geschlossene Seminare“, an denen unter anderem H. Teltschik, J. Bitterlich und M. Meckel sowie A. Kosyrew und A. Michnik teilgenommen haben). Das deutsche Auswärtige Amt und der DAAD haben maßgeblich zum Zustandekommen der Veranstaltungen beigetragen. Unter ihren Quellen führt sie neunzehn Archive auf, davon drei in Russland. Unklar bleibt, in welchem Umfang sie diese Ressourcen nutzen konnte. Am Schluss des Buches bedankt sie sich bei zehn Personen, die ihr bei der Aufhebung von Geheimhaltungsvorschriften behilflich gewesen sind, und bei einer in Frankreich lebenden Russin, die „Berge von sowjetischen Quellen“ übersetzt habe. Das Buch ist 2019 in London und Ende des Jahres in München erschienen (Übertragung ins Deutsche durch zwei Übersetzer). Auf 800 Seiten präsentiert Spohr in neun Kapiteln (dazu Einleitung und Epilog) ihre „Neubetrachtung“ der Jahre 1989 bis 1992, die sie, wie sie schreibt, aus der Vogelperspektive vornimmt (S. 19). Auf weiteren 150 Seiten folgen Anmerkungen. Schließlich wird der Leser auf eine 70 Seiten umfassende Bibliographie im Internet verwiesen, die ein Kollege für sie zusammengestellt hat. Der Schwerpunkt liegt auf englischsprachiger Literatur. Die Arbeiten des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien (BIOst), das die Entwicklungen in der Sowjetunion, in Russland und den (post-)sozialistischen Staaten in den 1980er und 1990er Jahren beobachtet und analysiert hat, hat Spohr nicht berücksichtigt.

Die ersten drei Kapitel befassen sich mit den politischen Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa im Jahr 1989, denen Spohr die Rede M. Gorbatschows bei den Vereinten Nationen im Dezember 1988 voranstellt. Gorbatschow hatte in den Vorjahren vier Gipfeltreffen mit R. Reagan absolviert und befand sich auf dem Höhepunkt seines internationalen Ansehens, konnte er doch auf Erfolge von Perestroika und Glasnost verweisen. Er verkündete das Ende der Breshnew-Doktrin und propagierte die „Freiheit der Wahl“ für alle Länder; auf der „Habenseite“ hatte er den Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan (beendet Februar 1989). Über die für die Realisierung einer „neuen Politik“ erforderlichen Schritte, die insbesondere das Politbüromitglied A. Jakowlew und der Moskauer Wissenschaftler W. Daschitschew erarbeitet und – zunächst überwiegend inoffiziell – propagiert haben, findet der Leser keine Hinweise. Für George Bush, bisher Vizepräsident unter Reagan und ab 20. Januar 1989 Präsident, war Gorbatschows Auftritt in erster Linie eine „Propagandaoffensive“ (S. 59). Dass sich anfangs auch Bundeskanzler Kohl über Gorbatschows Programm skeptisch geäußert hat – auch Goebbels sei ein „Experte für Public Relations“ gewesen (Interview mit Newsweek im Oktober 1986) –, erwähnt Spohr nicht. Gorbatschow habe die Entwicklungen in Polen und Ungarn im ersten Halbjahr 1989 toleriert, doch sei er über das Ergebnis der Wahlen im

Polen vom 4. Juni „schockiert“ gewesen; den Ungarn attestierte er nach erfolgter Maueröffnung, sie seien „gute Leute“ (S. 96, 156). Rumänien bezeichnete er bei seinem Besuch in Bonn am 13. Juni als „ein primitives Phänomen, ähnlich wie Nordkorea“ (S. 110); über Kuba, dem die Sowjetunion jährliche Milliardenhilfe gewährte, hat sich Gorbatschows nicht in dieser Weise geäußert. Kohl hat Gorbatschow versichert, Bush und er hätten die Ungarn im Zusammenhang mit der Grenzöffnung wiederholt ermahnt, „die Kirche im Dorf zu lassen“ – was Gorbatschow mit einem Lachen quittiert habe (S. 109). Wichtig ist die Feststellung Spohrs, der Wandel in diesen und anderen bislang sozialistischen Ländern sei von den führenden Politikern initiiert worden, dem die „Revolution von unten“ gefolgt sei (S. 98 f.). Festzuhalten ist, dass der Vorsitzende der ungarischen Jungdemokraten V. Orbán bereits am 16. Juni 1989 scharfe Kritik an den Reformkommunisten geübt hatte, es handle sich um eine „gemanagte politische Transformation“ (S. 104). Auf neuere, sehr ähnliche Einschätzungen der PiS-Führung betr. die Wahl T. Mazowieckis zum „ersten nichtkommunistischen Regierungschef in Osteuropa nach 1945“ am 24. August 1989 (S. 141) geht Spohr nicht ein. Ebenso wie in Polen, blieb auch in den anderen sozialistischen Staaten der bisherige Regierungsapparat nahezu unverändert. Ein wichtiges Datum fehlt bei Spohr: Gorbatschows Besuch beim finnischen Präsidenten M. Koivisto am 25. Oktober 1989 – zwei Wochen vor dem Mauerfall betonte Gorbatschow den Verzicht auf jegliche militärische Einmischung in die inneren Angelegenheiten der osteuropäischen Staaten; der Pressesprecher G. Gerasimow betitelte gegenüber Journalisten diesen Ansatz als „Sinatra-Doktrin“ (Wikipedia).

Ausführlich schildert Spohr die Absatzbewegung von DDR-Bürgern nach Ungarn und – nach Schließung der DDR-Grenze (3. Oktober) – in die Tschechoslowakei und nach Polen; die Proteste der DDR-Führung blieben folgenlos. Für Gorbatschow sei zu diesem Zeitpunkt Honecker ein „Drecksack“ gewesen (S. 158). Trotzdem folgte Gorbatschow dessen Einladung zur Teilnahme an den Feiern anlässlich des 40. Gründungsjubiläums der DDR und erklärte, Moskau werde die Mauer nicht abbrechen (S. 173). Nach dem gewaltsamen Vorgehen der Volkspolizei gegen Protestierende am 7. Oktober gab es Befürchtungen hinsichtlich der zwei Tage später in Leipzig geplanten Demonstration. Der Innenminister hatte den „Einsatz aller geeigneten Mittel“ angeordnet und es sei „scharfe Munition“ ausgegeben worden (S. 187). Der friedliche Verlauf sei darauf zurückzuführen, dass die Leipziger SED-Führung keinen Einsatzbefehl aus Ost-Berlin erhalten habe. Spohr geht nicht auf inzwischen vorliegende Hinweise ein, dass der „Schießbefehl“ für das DDR-Militär seit April 1989 ausgesetzt war; dies galt dann auch für die sowjetischen Streitkräfte in der DDR zum Zeitpunkt des Mauerfalls (Darstellung von M. Wolski in 1989. Mauerfall Berlin, S. 51). F. Kroh behauptet, der US-Geheimdienst habe Gorbatschows Entscheidung über das Nichteingreifen der sowjetischen Truppen abgehört und an Exponenten der Bürgerbewegung weitergegeben (Wendemanöver, München 2005, S.223 f.). Hier sei angemerkt, dass Gorbatschow bei einer Rede in Frankfurt/M. im Oktober 2010 erklärte, das Volk sei der „Hauptakteur der deutschen Wiedervereinigung“ gewesen.

Nach Honeckers Rücktritt sprach der neue Generalsekretär E. Krenz am 18. Oktober von der nun möglichen „Wende“ (später von einer „friedlichen Revolution“), was von der sozialistischen Schriftstellerin Christa Wolf auf der Ost-Berliner Großveranstaltung am 4. November zurückgewiesen wurde – erforderlich sei eine „Revolution von unten“ (S. 193). Für Spohr ist der neue Ministerpräsident H. Modrow ein echter Reformier (ohne Anführungszeichen), der nach erfolgter Maueröffnung mithilfe des „Runden Tisches“ die DDR zum Partner der Bundesrepublik umgestalten wollte. Während sich der Bundeskanzler in den folgenden Tagen sehr zurückhielt, überbrachte am 21. November der

ZK-Mitarbeiter und Deutschlandexperte N. Portugalow dem Kanzlerberater H. Teltschik handschriftliche Moskauer Vorschläge für das weitere Vorgehen. Teltschik erarbeitet daraufhin insgeheim ein 10-Punkte-Programm, das Kohl am 28. November der Öffentlichkeit vorstellte – für Spohr eine „Demonstration politischer Führungskraft“ (S. 218 ff.). Sowohl bei den westlichen Verbündeten als auch bei Gorbatschow war die Reaktion auf das Programm ausgesprochen negativ. Dabei gibt es Hinweise, dass diese Vorschläge innerhalb der Moskauer Führung erarbeitet worden sind. Spohr sieht dies nicht so, obwohl sie Dokumente zum Komplex „Sowjetische Ursprünge von Kohls 10 Punkten“ zitiert (Bibliographie, S. 8). Kohl konnte schließlich als Sieg für sich verbuchen, dass sich der EG-Gipfel am 8./9. Dezember in einer „Erklärung zu Mittel- und Osteuropa“ auch für einen geeinten deutschen Staat auf Basis der Selbstbestimmung aussprach (S. 237 f.).

Die Kapitel 4 bis 7 bezeichnet Spohr als „Hauptteil“ des Buches, bei dem es in erster Linie um die Beziehungen zwischen Bush und Gorbatschow geht ab Ende 1991 dann mit Jelzin, dem eine „kapitalistische Demokratie“ vorgeschwebt habe (S. 16). Es beginnt mit dem Treffen Bushs mit Gorbatschow vor Malta am 3. Dezember 1989, bei dem sich letzterer gegen eine Vereinigung Deutschlands aussprach, aber die „Sinatra-Doktrin“ bestätigte; gleichzeitig bezeichnete er die Entwicklung in den baltischen Republiken als „Gefahr für die Perestroika“ (S. 522). Zehn Tage später stellte der amerikanische Außenminister J. Baker in Berlin klar, dass ein vereintes Deutschland sowohl in der NATO als auch in der EG verbleiben solle. Während Kohl „fieberhaft auf eine totale Fusion hin“ gearbeitet habe, entwickelte Modrow seinen Plan für eine „Vertragsgemeinschaft“ zwischen beiden Staaten. Intern habe Gorbatschow Ende Januar eingeräumt, dass es zu einer Vereinigung beider deutschen Staaten – außerhalb der NATO – kommen werde (S. 283). Nachdem er am 10. Februar Bush und Kohl „grünes Licht“ für die Vereinigung gegeben und das Ergebnis der Volkskammerwahl in der DDR (März) die Position Kohls überzeugend gestärkt hatte, folgte schließlich am 15. Juli beim Besuch Kohls in Moskau (und im Kaukasus) die Zustimmung Gorbatschows zur NATO-Mitgliedschaft Deutschlands – ein Zugeständnis, das von vielen konservativen sowjetischen Politikern heftig kritisiert worden ist (S. 324). Insbesondere M. Thatcher und F. Mitterrand haben aus ihrer Abneigung gegen Kohls Pläne kein Hehl gemacht, und nur durch Kohls Eingehen auf französische Forderungen konnte ein Ausweg gefunden werden (EG-Sondergipfel April 1990 in Dublin).

Der Januar 1991 ist durch zwei Ereignisse gekennzeichnet, die zu erheblichen Differenzen zwischen den Staaten geführt haben: Zum einen ist sowjetisches Militär in Vilnius und Riga brutal gegen friedliche Demonstranten vorgegangen, zum anderen begann am 15. Januar der von den USA geführte, von der UNO sanktionierte Krieg gegen den Irak. Bush, Kohl und Mitterrand verurteilten zwar das sowjetische Vorgehen, bemühten sich aber andererseits um ein Einlenken Litauens. B. Jelzin fuhr demonstrativ nach Estland und drückte – zur Empörung Gorbatschows (Jelzin als „Hundesohn“ und „Hurensohn“, S. 555) – seine volle Unterstützung für das Streben der drei baltischen Staaten nach Unabhängigkeit aus und plädierte für einen Appell an die UNO. Bush hat sich intensiv bemüht, die erforderliche Zustimmung zu einem Militäreinsatz gegen Saddam Hussein im UN-Sicherheitsrat zu erhalten. Gorbatschow hat lange versucht, seinen früheren Verbündeten Hussein vor einem Militärschlag zu bewahren, und stritt sich öffentlich mit Bush über das erforderliche Vorgehen. Durch Gewährung der Meistbegünstigung für China konnte Bush immerhin dessen Stimmenthaltung bei der Abstimmung am 29. November erreichen. Die erfolgreiche Militäreinsatz führte zur Wiederherstellung der Souveränität Kuwaits, änderte aber nichts am Hussein-Regime im Irak.

Kapitel 7 überschreibt Spohr mit „Russische Revolution“, womit sie das Ende der Sowjetunion und den Machtwechsel von Gorbatschow zu Jelzin meint. Am 29. Mai 1990 wurde Jelzin zum Vorsitzenden des Obersten Sowjet Russlands gewählt. In den folgenden Monaten können sich Gorbatschow und Jelzin auf ein gemeinsames Programm der Wirtschaftsreform („500 Tage“) und einen neuen Unionsvertrag verständigen. Während Endes des Jahres liberale Politiker seine Regierung verlassen, stützt sich Gorbatschow zunehmend auf die KPdSU, das Militär und den KGB, was Außenminister E. Schewardnadse am 20. Dezember zum Rücktritt veranlasst (S. 482; ein zweiter Rücktritt erfolgt aufgrund der Ernennung Primakows zu Gorbatschows Sonderbotschafter im Irak, S. 543). Zu diesem Zeitpunkt erhält Gorbatschow den Friedensnobelpreis, u.a. auch deshalb, weil er zugelassen habe, dass „hartgesottene kommunistische Systeme Regimes in Osteuropa durch Volksaufstände und Revolution gestürzt wurden“ (S. 326). Eine Woche nach dem gewaltsamen Vorgehen in Vilnius und Riga, für das sich Gorbatschow nicht als verantwortlich erklärt, lässt er vom Außenministerium eine Erklärung verbreiten, in der er sein Festhalten am Reformkurs, an Perestroika und Glasnost behauptet, gleichzeitig aber auch Jelzin scharf kritisiert. Spohr qualifiziert dieses Vorgehen als „unwürdigen Zickzack-Kurs“ (S. 555).

Ende Juli 1991 kommt Bush nach Moskau, um den START-Vertrag zu unterzeichnen, und um über eine große Zahl gegenseitig interessierender Fragen zu sprechen. Jelzin, am 12. Juni zum Präsidenten Russlands gewählt, lehnt die Einladung zu einem gemeinsamen Mittagessen ab. Anschließend fliegt Bush mit A. Janajew, Gorbatschows konservativem Stellvertreter, nach Kiew; in seiner Rede unterstützt er Gorbatschow und warnt vor nationalen, separatistischen Bestrebungen – diese Rede wird in der *New York Times* als „Kiewer Angsthasenrede“ qualifiziert (S. 581). Nach Beendigung des „Putsches“, dessen Drehbuch bis heute nicht völlig aufgeklärt ist, behauptet Gorbatschow am 23. August vor dem Obersten Sowjet Russlands, das Kabinett seines Premiers Pawlow sei nicht in den Putsch involviert gewesen. Als daraufhin Jelzin zum Rednerpult eilt und Gorbatschow das Protokoll der entscheidenden Kabinettssitzung „unter die Nase“ hält, „sackte der Sowjetführer zusammen“ (S. 587). Nun werden die baltischen Staaten, die Ukraine, Weißrussland und die drei transkaukasischen Republiken unabhängig. Gorbatschow gibt seine Idee eines Einheitsstaates nicht auf, den Jelzin allerdings ablehnt, was bei Gorbatschow „ohnmächtigen Zorn“ auslöst (S. 589). Jelzins Vorschlag einer Konföderation lehnt Gorbatschow ab, er wolle sich nicht „zum Affen machen“. Über die Gründung der GUS – mit der Ukraine und Weißrussland – informiert Jelzin Gorbatschow nicht. Am 20. Dezember wird in Brüssel der „Nordatlantische Kooperationsrat“ (NAKR) gegründet, zu dem die früheren Staaten des Warschauer Paktes und die baltischen Republiken eingeladen werden; Jelzin hatte darum gebeten, auch Russland, die Ukraine und Weißrussland einzuladen (S. 594 f.). Während der Beratung über das Schlusskommunikee wird der Saal über das Ende der Sowjetunion informiert – aus Sicht von Spohr ein „unvergessliches Drama“ (S. 596).

Die beiden letzten Kapitel schildern Entwicklungen im Jahr 1992, die nach Ansicht der Verfasserin in wissenschaftlichen Darstellungen der Ost-West-Beziehungen meist zu kurz kommen (S. 603). Im Kapitel über die „Neue Ära“ stehen zum einen der Beginn eines radikalen Reformprogramms in Russland („Big Bang“), westliche Bemühungen um Hilfe für Russland, Auftritte Jelzins auf dem internationalen Parkett (vor dem US-Kongress und in München) und das Scheitern von Helsinki II im Juli (Spohr: ein „Flop“) im Vordergrund, zum anderen die Entwicklungen in Jugoslawien und in Somalia. In seiner dritten Rede zur „Lage der Nation“ erklärte Bush die USA als Sieger im Kalten Krieg, sie habe weltweit für „Stabilität nach Amerikas Vorbild“ gesorgt und überall die Freiheit unterstützt (S. 609). Obwohl sich auch Baker Ende Juni 1991 in Belgrad – wie

die meisten westlichen Politiker – für die Souveränität Jugoslawiens einsetzt, erklären Kroatien und Slowenien ihre Unabhängigkeit. Das Eintreten Genschers für diese beiden Länder kommentiert Spohr wie folgt: „Deutschland tritt auf die Weltbühne“ (S. 657).

Das abschließende Kapitel beginnt mit einem Hinweis auf die zweiwöchige Rundreise Bushs im Pazifikraum und bietet einen Ausblick auf das „Pazifische Jahrhundert“. Gorbatschow sei „sehr frustriert“ gewesen, dass sich der nordkoreanische Führer Kim gegen Reformen ausgesprochen habe (S. 714). Bush war auch nach dem Tiananmen-Massaker bemüht, den Draht zu Peking nicht ganz abreißen zu lassen, zumal er beabsichtigte, mit Chinas Hilfe für mehr Stabilität in Asien zu sorgen. Im November 1991 kommt Baker nach Peking und wird von Li Peng belehrt, die Aktion vom 4. Juni 1989 sei eine „gute Sache“ gewesen, die Sowjetunion und ihre europäischen Verbündeten hätten sich daran ein Vorbild nehmen sollen. Peking hat das unabhängige Russland und die übrigen elf Nachfolgestaaten der UdSSR bereits am 27. Dezember 1991 anerkannt. Aus Sicht Spohrs hat die russische Außenpolitik – nach einem kurzen Flirt mit den USA 1992 – dann wieder einen „geografisch eher ausgeglichenen Ansatz“ verfolgt. Im Zusammenhang mit dem Besuch Jelzins in China im November 1992 hat Moskau klargestellt, dass China in seiner Außenpolitik „erste Priorität“ haben werde (S. 765 f.). Zu diesem Zeitpunkt konstatiert Spohr bei Jelzin eine zweifache Desillusionierung – sowohl hinsichtlich der erhofften Partnerschaft mit den USA als auch der Chancen für eine Integration in westeuropäische Strukturen (S. 788).

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass dem Leser ein guter Überblick über die politischen Ereignisse in den Jahren 1988/89 bis 1992/93 vermittelt wird. Für Spohr stehen die von George Bush unternommenen Schritte im Mittelpunkt des Interesses, nicht zufällig fällt der Rahmen des Buches im Wesentlichen mit seiner Amtszeit zusammen. Im Zeitraum 1990/91 sei eine „kooperative Bipolarität“ ein „unverzichtbares Feigenblatt“ seiner Politik gegenüber der Sowjetunion gewesen, wie ebenso in der ersten Hälfte des Jahres 1992 gegenüber Jelzins Russland; ein wesentliches Element dieses Ansatzes war diese Politiker weder zu provozieren noch zu überfordern (S. 784). Weitere Akteure sind die Staats- und Regierungschefs der Sowjetunion, Russlands, der Europäischen Gemeinschaft und Chinas. Nach Spohrs Ansicht orientierten sich alle an konservativen Prinzipien. Am erfolgreichsten seien dabei Bush und Kohl gewesen, der – in Abstimmung mit Bush – die Vereinigung Deutschlands im Rahmen bestehender Strukturen durchsetzen konnte. Während Gorbatschow bis zum Ende der Sowjetunion seinem sozialistischen Selbstverständnis und der Überzeugung von der Notwendigkeit eines Zentralstaates treu geblieben sei, habe sich Jelzin von traditionellen sozialistischen Grundwerten verabschiedet und eine radikale Öffnung Russlands versucht. Besonders konservativ sei die chinesische Führung gewesen, für die Stabilität des politischen Systems unter Führung und Kontrolle der Kommunistischen Partei immer höchste Priorität hatte. Dagegen scheiterte der Versuch von Milošević, den Erhalt Jugoslawiens zu sichern.

Zur Erklärung der Intentionen und der Taktik Gorbatschows, auf der Basis von Perestroika und Glasnost das globale Image der Sowjetunion zu verbessern und entsprechende Änderungen in Politik und Gesellschaft der sozialistischen Länder zu erreichen, folgt Spohr traditionellen Ansätzen der Politikwissenschaft. Die Initialzündungen seien regelmäßig von den führenden kommunistischen Politikern ausgegangen, die „das Volk“ mobilisierten, alternative politische Organisationen und schließlich auch „demokratische“ Wahlen zuließen. Im Kontext dieser „Wahlrevolutionen“ (S. 769) konnten die politischen und wirtschaftlichen Eliten dieser Länder ihre Positionen behaupten. Spohr erwähnt, dass die unter dem Schirm des KGB in allen sozialistischen Ländern nach 1985 etablierte Organisation „Lutsch“ eine wesentliche Rolle bei der Steuerung der von Gorbatschow beabsichtigten Prozesse gespielt hat. Eine sowjetische „Initialzündung“ für

die Maueröffnung am 9. November 1989 schließt Spohr offenbar aus. Das entspricht dem – kürzlich wiederholten – Standpunkt von E. Krenz (*Berliner Zeitung*, 7. Mai 2020). Dass es – im Rahmen von Lutsch oder parallel zu dieser Organisation – seit 1986/87 von Moskau ausgehende Bestrebungen zur Verlagerung finanzieller und ökonomischer Ressourcen der Nomenklatura ins westliche Ausland gegeben hat, kann sich Spohr offenbar nicht vorstellen (vgl. B. Knabe, *BIOst-Berichte* Nr. 47 und 48/1998). Sie behandelt auch nicht die „Arbeitsbeziehungen“ zwischen sowjetischen und amerikanischen Geheimdiensten Ende der 1980er Jahre, über die auf einer Tagung in Berlin (Mai 2004) einiges zu erfahren war (Hinweis bei Kroh, a.a.O., S. 147). Erst die Öffnung weiterer Archive in den nächsten Jahren dürfte Klarheit in vielen Fragen bringen, die gegenwärtig noch kontrovers diskutiert werden.